



**Epilog**  
◆  
Hannes Androsch

Der erste und der letzte Text in diesem Band markieren zutiefst revolutionäre Vorgänge: Die Geschehnisse des Jahres 1848, wie sie Hans Werner Scheidl in seinem Beitrag rekonstruiert, sind unmittelbare Folgen der industriellen Revolution, die zu gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen in den spätfudalen Gesellschaften führte. Ebenso wirft Alexandra Förderl-Schmid mit ihren Ausführungen zu Big Data einen Blick auf einen zentralen Aspekt der digitalen Revolution, die unser aller Leben heute dominiert – im Alltag des Einzelnen ebenso wie in der Frage, wie wir eine global vernetzte Gesellschaft organisieren sollen. Die Konsequenzen der aktuellen technologischen Umwälzungen für Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft sind noch schwer abschätzbar; die Entscheidung der Briten für den Austritt aus der Europäischen Union und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten waren wohl auch Auflehnung gegen tiefgreifende Umbrüche. Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die Politik?

Der Historiker Reinhart Koselleck hat den Begriff „Sattelzeit“ für die Epochenwelle zwischen 1750 und 1850 geprägt, den Übergang von früher Neuzeit in die Moderne. Das Industriezeitalter löste das Agrarzeitalter mit seinen monarchischen Feudalstrukturen ab, wie sie aus der Reformation und den Religionskriegen, insbesondere den Wirren des Dreißigjährigen Krieges mit dem Westfälischen Frieden, entstanden waren. Nach den Eruptionen der Französischen Revolution von 1789 konnte der Wiener Kongress 1815 zwar noch einmal die alte Ordnung wiederherstellen, dabei aber weder die politische Frage der Machtbeteiligung für das aufsteigende Bürgertum noch die soziale Frage der materiellen Sicherung für das aus dem Agrarproletariat entstandene Industrieproletariat lösen.

Das 1848 publizierte *Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels und die Revolution in diesem Jahr waren Reaktionen auf die Versäumnisse der etablierten Machthaber, Antworten auf diese Fragen zu geben. Das erstarkte Bürgertum erkämpfte sich zwar eine gewisse Mitsprache in konstitutionellen Monarchien. Doch das ausgebeutete Industrieproletariat musste, selbst wenn Sklaverei und Leibeigenschaft beseitigt wurden, noch um seine politischen Rechte, etwa in Form des allgemeinen Wahlrechtes, und seine sozialen Rechte – viel später gewährt durch den Wohlfahrtsstaat – kämpfen.

Heute leben wir in einer neuen „Sattelzeit“ – am Übergang vom Industrie- ins digitale Zeitalter. Das Industriezeitalter war erst geprägt von Kohle, dann von Elektrizität, dann von billigem Erdöl. Im digitalen Zeitalter geht es um Big Data und Vernetzung, um Netzwerkökonomie und um ein neues Verhältnis zwischen Mensch und Maschine. Es geht um Konnektivität, um

Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten. Containertransport, PC und Smartphone sind lediglich einige Stichworte für diese Entwicklung, denen noch viele folgen werden. So wie im industriellen Zeitalter Muskelkraft zusehends von dampfenden Maschinen ersetzt wurde, ersetzen Rechenmaschinen nun *brain power*, etwas salopp übersetzt: Hirnschmalz. In immer mehr Bereichen werden Tätigkeiten, die der Mensch bisher kraft seiner Intelligenz selbständig verrichtet hat, von Computern ausgeführt oder unterstützt. Internet der Dinge, Big Data, Roboterisierung, Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz, *machine learning* – all diese Begriffe umschreiben Facetten einer gewaltigen, beschleunigten Veränderung, in deren Folge Korrelationen wichtiger werden als Kausalitäten.

Der damit verbundene Wandel des Arbeitslebens verunsichert viele ehemals stolze Berufsgruppen zutiefst. Buchdrucker, Dreher, Schweißer oder Bauzeichner haben an Bedeutung verloren. Zu den Status- und Abstiegsängsten kommen als Folge von Migration und Flüchtlingsströmen auch Verdrängungs- und Überfremdungsängste. Eine ganze Reihe von Büchern hat in den letzten Jahren bereits die rapide Zunahme von multiplen Angststörungen in den westlichen Gesellschaften thematisiert, etwa der Bestseller *Angst des Atlantic*-Herausgebers Scott Stossel.

Die tragende politische Mitte, wie sie für die Nachkriegsjahrzehnte charakteristisch war, hat einen enormen Bedeutungsschwund erlitten, extreme Gruppen an den Rändern sind hingegen auf dem Vormarsch. Sie setzen auf Nationalismus, Isolationismus, Protektionismus, Illiberalismus. Nicht nur der Brexit und Trump sind in diesem Zusammenhang zu nennen, sondern auch der Front National in Frankreich oder die mehr und mehr autoritären Demokratien im Zentrum Europas, etwa das Ungarn Viktor Orbáns oder das Polen Jarosław Kaczyńskis. Für sie wird häufig der Begriff „Populisten“ verwendet, wo sie doch Demagogen, also Volksverführer, sind.

Bisher haben die etablierten ehemaligen Volksparteien großteils auf die neue Konkurrenz reagiert, indem sie deren Kernideen imitierten; der Ausgang dieses Wettbewerbs ist noch völlig offen. Dass „Unabhängige“ wie der neue französische Staatspräsident Emmanuel Macron und neue „Bewegungen“ punkten können, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zustimmung für die Extremisten an den Rändern im neuen Jahrtausend kontinuierlich gewachsen ist. Marine Le Pen, die Vorsitzende des Front National, erreichte in der Stichwahl gegen Macron knapp 35 Prozent der Stimmen. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, war Jacques Chirac in der Stichwahl 2002 mit kaum 18 Prozent der Stimmen unterlegen.

Die Demagogen machen sich die weitverbreitete Orientierungslosigkeit in der digitalen Transformation zunutze. In dieser aufgewühlten Situation

bedeutet verantwortungsvolle Politik klarzumachen, dass die neuen Technologien ungeheure Chancen bieten, um jene Probleme zu lösen, die sich aus dem Bevölkerungswachstum, dem Altern der Gesellschaften und der Urbanisierung ergeben.

Bis 2050 werden über neun Milliarden Menschen auf der Erde leben, rund ein Fünftel mehr als heute. Zur Erinnerung: 1800 war es erst eine Milliarde gewesen, um 1960 drei Milliarden. Vor der industriellen Revolution, um 1700, lag die Lebenserwartung bei nur 30 Jahren, heute beträgt sie in den westlichen Gesellschaften über 80 Jahre.

Um all diese Menschen zu ernähren, bräuchte es Millionen Hektar landwirtschaftlichen Grund zusätzlich – den es aber nicht gibt. Deshalb muss mit jedem Tropfen Wasser und mit jeder Dosis Düngemittel noch effizienter umgegangen werden. Automatisierte Fahrzeuge abseits der Straße können dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Traktoren und andere agrarische Geräte sind schon heute in der Lage, das Saatgut exakter auszubringen denn je zuvor und auf Basis des Ernteertrags im Jahr darauf an den richtigen Stellen die richtige Menge des richtigen Düngers einzusetzen. Ähnlich optimal kann die Bewässerung mit digitalen Mitteln gesteuert werden; auch die Unkrauterkennung und -entfernung ist bereits vollautomatisch möglich. Der Bauer kann all diese Tätigkeiten von zu Hause auf seinem Bildschirm steuern und auswerten – vielleicht ist Datenanalyse in den landwirtschaftlichen Fachschulen ja schon bald ein Pflichtfach.

Auch im Bergbau, von der geologischen Analyse bis zur Förderung von Öl, Kohle oder Magnesit, machen es die neuen Technologien inzwischen möglich, bedeutend mehr Effizienz mit einem dramatisch gesenkten Unfallrisiko für die Arbeiter zu verknüpfen. Autonome Fahrzeuge werden deshalb auch im „Smart Mining“ eine bedeutende Rolle spielen.

Dagegen werden um das medial übergewichtete Thema des automatisierten Fahrens auf der Straße zahllose Ängste geschürt, zum Beispiel dass Lkw-Fahrer, Taxichauffeure oder Automechaniker schon bald obsolet sein könnten, wenn die selbstfahrenden Autos die von Menschen gelenkten Fahrzeuge verdrängen. Doch die rechtlichen, sicherheitsbezogenen, technologischen und moral-ethischen Fragezeichen hinter diesem Thema sind noch derart groß und vielfältig, dass man aus heutiger Sicht eher von einem langsamen Wandel ausgehen muss.

Ganz ähnlich verhält es sich in der Abwägung der Vor- und Nachteile des Einsatzes von Robotern im Pflegebereich. Angesichts der in den Ruhestand tretenden Babyboomer-Generation und einer rückläufigen Anzahl der Erwerbstätigen ist die Finanzierbarkeit der Pensions-, Pflege- und Gesundheitssysteme schon jetzt eine der größten Herausforderungen des Westens. In Japan, einer besonders rasch alternden Gesellschaft, werden laut Studien

2025 rund eine Million menschliche Pflegekräfte fehlen. Der gezielte Einsatz Künstlicher Intelligenz kann hier nicht nur Kosten senken. Er ist unverzichtbar, um die Versorgung aufrechtzuerhalten.

Seit Beginn des Jahrtausends wird von Wissenschaftlern darüber gestritten, ob wir in Anbetracht des auch menschengemachten Klimawandels nicht längst in einem neuen Erdzeitalter leben: dem Anthropozän. Die Ausbeutung der Meere, die weltweite Expansion menschlich genutzter Oberflächen, aber auch die Ablagerung von „technischen“ Fossilien wie Aluminium, Plastikteilchen oder Betonresten in den Gesteinsschichten des Planeten sprechen dafür. Wenn es dem Menschen nun gelänge, aus eigener Kraft gegenzusteuern und Umweltkatastrophen abzuwenden – wäre das nicht das schlagkräftigste Argument für das Anthropozän? Welche sinnvolle Rolle digitale Werkzeuge bei einer Lösung der aktuellen Weltprobleme einnehmen können und wie man die diskutierten Risiken in den richtigen Rahmen setzt – das aufzuzeigen wäre eine Aufgabe der Politik.

Dazu braucht es im Übrigen auch eine Erneuerung des methodischen Instrumentariums, das in der Politik zur Anwendung kommt. Neue Forschungen zeigen, dass etwa klassische Import- und Exportstatistiken nicht die verschiedenen Bewegungen von immateriellen Gütern abbilden, wie sie für die Digitalisierung typisch sind. Damit die politische Diagnose und Therapie stimmt, braucht es aber eine exakte Datengrundlage. Auch die Statistiker müssen den Weg aus dem Industrie- ins digitale Zeitalter meistern.

Sicher ist: Die technologischen Neuerungen des 21. Jahrhunderts lassen sich ebenso wenig wie ihre sozialen Konsequenzen an den Staatsgrenzen aufhalten. Die Fantasien eines neuen Nationalismus, wie sie die Demagogen von rechts wälzen, sind eine Flucht in die Biedermeierlaube, ein Abwehrreflex aus Angst, Unsicherheit, fehlender Orientierung. Die Vorstellung von souveränen Nationalstaaten, wie sie in den Beiträgen von Anton Pelinka über Österreich am Ende des Ersten Weltkriegs und von Bettina Poller über die nationalistischen Verblendungen am Balkan beschrieben sind, ist im 21. Jahrhundert jedoch eine Illusion. Zu Recht hat der amerikanische Soziologe Daniel Bell in den 1980ern angemerkt, dass die Nationalstaaten zu groß für die kleinen Probleme des Lebens und zu klein für die großen sind (vgl. Bell 1987, 13).

Zur Lösung der kleinen Probleme könnten im digitalen Zeitalter die Regionen eine unverhoffte Aufwertung erfahren. Wenn deren Versorgung mit hochleistungsfähigem Breitband-Internet gelingt – eine Schlüsselfrage, um auch entlegene Gebiete an den Chancen der Digitalisierung partizipieren zu lassen –, werden auch hochqualifizierte Arbeitsplätze aus den Zentren in die Peripherien wandern können. Die Planung der Wohnraumentwicklung, der

Verkehrswege, der Gesundheitsversorgung und der Abgleichung von Wirtschaftsstruktur und Ausbildungsangebot wird sinnhaft kaum entlang der historisch gewachsenen administrativen Grenzen erfolgen, sondern nach den faktischen Bedürfnissen. Ebenso verhält es sich mit Umweltproblemen: Zwischen Wien und Niederösterreich gibt es zwar eine Grenze, aber die schlechte Luft kümmert sich nicht einen Deut darum.

Für die großen Probleme dagegen brauchen wir in jedem Fall mehr Europa. Gegen die großen Wirtschafts- und Militärmächte USA und China sind die einzelnen europäischen Staaten für sich genommen Zwerge. Gut vernetzt und aufeinander abgestimmt, kann Europa jedoch auch in Zukunft ein Player auf der Weltbühne sein, an dem man nicht vorbeikommt. Derzeit hindert man mit 28 verschiedenen Datenschutzgesetzen die Wirtschaft in EU-Europa noch daran, digitale Champions zu formen.

Im Jahr 1900 wohnten noch 20 Prozent aller Menschen auf dem Alten Kontinent, heute sind es weniger als sieben Prozent, 2050 werden es nur noch fünf Prozent sein. Allein aus diesen Zahlen wird die Unerlässlichkeit der Zusammenarbeit in einer vernetzten Welt ersichtlich. Aus den Erfahrungen der Zwischenkriegszeit sollten wir wissen, dass Klein- und Vielstaaterei ins Chaos führen. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Vereinigte Königreich nach dem vollzogenen Brexit auseinanderfällt, ist größer, als dass es durch wiedergewonnene Handlungsspielräume und neue Allianzen außerhalb der Europäischen Union stärker wird. In extrem unruhig gewordenen Zeiten wird es zur Überlebensfrage, ob Europa an einem Strang zieht – oder eben nicht.

Geopolitik und nationalistische Machtpolitik sind gemeinsam mit den unheilbringenden Geschwistern Krieg und Tyrannei auf die Bühne der Weltpolitik zurückgekehrt. Begleitet werden diese Entwicklungen von Flüchtlingswellen und Migrationsströmen. Um Europa ist statt eines *ring of friends* mit den Konflikten in der Ostukraine, im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika und nun auch in der unberechenbaren Türkei ein *ring of fire* entstanden. Die aktuellen Brandherde auf der Welt heißen Syrien, Irak, Afghanistan, Jemen, Libyen, aber auch Pakistan und Indien sowie Nordkorea. In Europa berühren sich auf dem Westbalkan erneut die Einflusssphären von Russland und der Türkei, ja auch jene Saudi-Arabiens. Zudem hat am Nordpol ein Gerangel um die Arktis begonnen.

Dazu kommt, dass sich das bereits erwähnte Wachstum der Weltbevölkerung extrem ungleich verteilen wird. Der im Februar 2017 verstorbene Hans Rosling vom schwedischen Karolinska-Institut hat einen Pin-Code der Weltbevölkerung erstellt. Aktuell lautet er 1 – 1 – 1 – 4: Von rund sieben Milliarden auf diesem Planeten lebt eine Milliarde in Europa, eine Milliarde auf dem amerikanischen Kontinent, eine Milliarde in Afrika und vier Milliarden

in Asien. Wenn die Prognose der Vereinten Nationen eintritt, dass die Weltbevölkerung bis Ende des Jahrhunderts auf elf Milliarden ansteigt, dann lautet Roslings Pin-Code für das Jahr 2050 1 – 1 – 2 – 5 und für das Jahr 2100 1 – 1 – 4 – 5. Welche Konsequenzen diese Entwicklung für die Weltordnung des 21. Jahrhunderts haben wird, sollte uns bereits heute beschäftigen.

Das mit Abstand gravierendste Problem stellt Afrika dar. Mit seinen zahllosen *failed states*, von Somalia über den Sudan bis zu Libyen, könnte es der erste *failed continent* werden, wenn es der Politik nicht gelingt, Perspektiven für die Bevölkerungen zu entwickeln. Der Zuwanderungsdruck aus diesen oftmals vergessenen Regionen in Richtung Europa und Asien wird angesichts Roslings Prognose enorm steigen. Die Klima- und Wirtschaftsmigration wird auf diese Weise neben dem islamistischen Bedrohungspotenzial und Cyberkriminalität zur unmittelbaren Bedrohung für den Westen.

Zu glauben, mit einem „Marshallplan für Afrika“ – nach dem Vorbild des US-Hilfsprogramms nach dem Zweiten Weltkrieg – könnte das Problem gelöst werden, ist trügerisch, da es im Nachkriegseuropa Institutionen und Qualifikationen gab, an die angeknüpft werden konnte. Selbst in Afrika des 21. Jahrhunderts gibt es diese Anknüpfungspunkte nur rudimentär. Die weltweite Staatengemeinschaft muss sich dieses Problems annehmen, um nicht noch mehr Unsicherheit zu produzieren.

Die bis vor Kurzem geltende wirtschaftliche und politische Weltarchitektur ist ein Resultat aus den Erfahrungen des zweiten Dreißigjährigen Kriegs in Europa zwischen 1914 und 1945. Nach den Gemetzeln der beiden Weltkriege spaltete sich die Welt in zwei Blöcke: den liberal-demokratischen Block mit den USA an der Spitze und den kommunistischen unter der Schirmherrschaft der Sowjetunion. Letztere kollabierte 1991, die Institutionen des westlichen Lagers – und ebenso der Einfluss der USA – wurden danach umso dominanter: der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die OECD und natürlich – als Kern des westlichen Sicherheitssystems – die 1949 gegründete NATO. Dazu kam die 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO, die auf Vorläufer wie das General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) aufbaute.

Mit Chinas rasantem ökonomischen Aufstieg ab 1978, den Bernhard Ecker in seinem Beitrag beschreibt, ist innerhalb weniger Jahrzehnte ein neuer Player auf die Weltbühne getreten, der sich mit dem Beitritt zum IWF und zur Weltbank 1980 bis hin zur Aufnahme in die WTO 2001 in dieses Institutionengefüge integriert hat. Doch weil sich die Gewichte, nicht nur in schieren Bevölkerungszahlen gemäß Roslings Pin-Code, sondern auch politisch und ökonomisch weiter Richtung Asien verschieben werden, ist auch dieses Gefüge im Umbau begriffen.

Indien etwa, das mit über 1,3 Milliarden Einwohnern drauf und dran ist, China als bevölkerungsreichstes Land der Erde abzulösen, ließ unter der neuen Führung von Premierminister Narendra Modi 2014 das sogenannte Bali-Abkommen der WTO platzen. Es ist unter den Schwellenländern derzeit vermutlich das Land mit dem größten Entwicklungspotenzial. China wiederum schickt sich mit der Gründung eines Gegenstücks zur US-dominierten Weltbank, der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (AIIB), derzeit an, eigene Machtstrukturen aufzubauen. Die AIIB hat einen eigenen Seidenstraßenfonds aufgelegt, um die mehrere hundert Milliarden Dollar umfassenden Investitionen im Rahmen der „Neuen Seidenstraße“ – des „One Belt, One Road“-Projekts (OBOR) von Premierminister Xi Jinping – zu stemmen. China versucht in seinem Küstenbereich eine „chinesische Monroedoktrin“ umzusetzen.

Dennoch sollte man angesichts des steigenden quantitativen Gewichts von Asien nicht vergessen, dass noch immer die Hälfte der gesamten Weltwirtschaftsleistung in den USA, Europa und Japan erbracht wird. Die innovativsten Unternehmen der Welt sitzen wie eh und je im Silicon Valley oder in Orten der deutschen Provinz, deren Namen weltweit kaum bekannt sind. Auch wenn China soeben stolz seinen ersten Flugzeugträger präsentiert hat – die USA besitzen deren zwölf und werden noch auf Jahrzehnte die führende Militärmacht sein. In der Populärkultur sind wie eh und je amerikanische Filme, Musik und Kleidungsstücke die Exportschlager. Es gibt mehr Argumente dagegen als dafür, dass China das 21. Jahrhundert dominieren wird, wie Jonathan Fenby jüngst einleuchtend argumentiert hat (vgl. Fenby 2017).

Und auch mit Russland ist in Zukunft unbedingt zu rechnen. Auch wenn der wichtigste Nachfolgestaat der Sowjetunion nach dem verlorenen Kalten Krieg in den neunziger Jahren den Eindruck erweckte, in Wirtschaft und Politik den Weg der westlichen liberalen Demokratien zu beschreiten, hat Präsident Wladimir Putin spätestens seit der Annexion der Krim, dem Beginn der Ukraine-Krise und der Einmischung in den Syrien-Konflikt klargemacht, dass er eine wichtige Rolle auf der Weltbühne spielen will. In der Weiterentwicklung von Atomwaffen setzt Putin auf neue Raketenabwehrsysteme und Überschallflugkörper; Militärexperten sprechen bereits von einer „neuen Nukleardoktrin“ Russlands. Das verdeutlicht, dass auch die jahrzehntelang verdrängten Gefahren eines Atomkriegs nach wie vor real sind.

Ohne die Einbindung des flächenmäßig größten Landes der Erde wird es aber auch Europa nicht gelingen, ein Global Player zu bleiben. Unentschieden ist, ob Russland am Ende eher den Westen des Ostens oder den Osten des Westens in Europa darstellen wird (vgl. Trenin 2016).

Sich auf eine quasi gottgegebene Vormachtstellung des Westens zu verlassen, wäre fahrlässig, ja töricht. Die schon vor Jahrzehnten in Gang gesetzte tektonische Verschiebung globaler Gewichtungen wird mit der Verbreitung von Computern aller Art noch einmal beschleunigt. Mit der Digitalisierung von Verwaltung, Bildungssystem oder Finanzwesen können Schwellenländer ganze Entwicklungsstufen überspringen. Womöglich fegt das digitale Zeitalter die industrielle Ordnung der letzten 150 Jahre, geprägt durch groß dimensionierte Produktion und unermüdlichen Export, einfach hinweg, schreiben Samir Saran und Ashok Malik von der Observer Research Foundation: „Die neue Währung sind Dienstleistungen und Innovation, nicht Handelsfläche und Industrieproduktion. Und genau diese Faktoren treiben das Wachstum in Indien und Afrika voran.“

Es steht fest, dass es insbesondere im Westen mit seinen ausgebauten Sozialsystemen und tradierten Strukturen nicht nur Profiteure dieses Wandels geben wird. Nur wenn rechtzeitig in Aus- und Weiterbildung investiert wird, kann dafür Sorge getragen werden, dass möglichst viele auf der Gewinnerseite stehen.

Aber ist unser Bildungssystem bereit für diese Herausforderungen? Die Schnelligkeit, mit der die Digitalisierung um sich greift, sowie die Breite und Tiefe der damit verbundenen Umwälzungen bedeuten nicht zuletzt auch massive Veränderungen, was die künftigen Qualifikationserfordernisse betrifft. Interdisziplinarität und Kreativität, soziale Kompetenzen und Lösungsorientierung, aber auch mehr IT-Kompetenz und vor allem die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen müssen in Zukunft im Mittelpunkt stehen. Im Besonderen gilt dies für das berufliche Bildungswesen, wo künftig verstärkt auf fächerübergreifende Angebote gesetzt, auf Flexibilität vorbereitet und Berufslehre mit Aufstiegsmöglichkeiten verbunden werden muss.

Die Klassenzimmer mit Notebooks und Tablet-PCs auszustatten, ist zwar von hehrer Symbolik, ändert aber noch nichts an der Strukturierung des Lernstoffs. Einen Touchscreen bedienen zu können, ist zu wenig. Sensibilität im Umgang mit Daten und die Fähigkeit, Informationen eigenständig zu recherchieren und zu bewerten, gehören ebenso zum digitalen ABC wie Programme zu konzipieren.

Die digitale Revolution braucht daher eine Revolution über den gesamten Bildungsbogen hinweg. Dazu müssen qualitätvolle vorschulische Betreuung, verschränkte Ganztagschulen mit entsprechender Infrastruktur und personeller Ausstattung sowie eine bessere Finanzierung und ein effizienteres Management der Universitäten bereitgestellt werden.

Ob es in unseren Gesellschaften zu Eruptionen wie 1848 kommt, wird also wesentlich davon abhängen, mit welchen Bildungs- und Ausbildungs-

maßnahmen der Übergang ins Zeitalter der Algorithmen politisch flankiert wird. Dem Zorn, der sich seit einigen Jahren in Wahlergebnissen manifestiert, sollte man jedenfalls nicht mit einem achselzuckenden „Ja, dürfen’s denn des?“ entgegenen, jenem Satz, der dem – ob der revolutionären Ereignisse von 1848 verdutzten – Kaiser Ferdinand zugeschrieben wird. Der Zorn verlangt nach Antworten, die auf der Analyse von Fehlentwicklungen der Vergangenheit und möglichen Entwicklungen der Zukunft gründen, gepaart mit dem Mut, Althergebrachtes infrage zu stellen und gegebenenfalls auch über Bord zu werfen.

Lässt man den Deckel zu lange auf einem kochenden Topf, geht er irgendwann in die Luft. Das ist vermeidbar, wenn man proaktiv gegensteuert. Der überwältigende Sieg des prononciert europafreundlichen Emmanuel Macron und dessen Bewegung La République en marche in Frankreich, die Rückschläge für europafeindliche Bewegungen wie den Front National oder die AfD in Deutschland, aber auch die in den britischen Parlamentswahlen vom Juni 2017 zum Ausdruck gebrachte Weigerung der Wähler, ihre Regierung mit einem Mandat für „harte“ Brexit-Verhandlungen auszustatten, geben Hoffnung, dass die Schockstarre des Kaninchens vor der Schlange gelöst werden kann.